

FRANCESCO MARIN

Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie und die Friedensbestrebungen 1917

Als im Frühjahr 1917 das Wiedererwachen der sozialistischen Internationale die langwierige diplomatische Arbeit in Gang setzte, die in die Stockholmer Vorverhandlungen, die so genannte „Stockholmer Konferenz“, gipfelte, setzte sich Kaiser Karl schon seit Monaten für einen Sonderfrieden mit Russland und der Entente ein. Zur selben Zeit nahm auch die „Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs“ – im Folgenden DSAPÖ – wieder eine nennenswerte politische Tätigkeit auf, nachdem sie ihre Aktivitäten seit Kriegsausbruch gezwungenermaßen, aber nicht ganz schuldlos, auf die lebensnotwendigen Aufgaben beschränkt hatte. Dieser Wandel vollzog sich im Anschluss an die russische Februarrevolution und den Friedensappell des Petersburger Sowjets, und traf sich mit der Friedensbereitschaft des Kaisers und der Regierung. In meinem Beitrag werde ich versuchen, diesen besonderen politischen Zusammenhang zu rekonstruieren, der sich zwischen der ersten und der zweiten russischen Revolution abspielte. Hierbei spielte die DSAPÖ eine wichtige Rolle, die auf mehreren Ebenen zu verfolgen ist: Auf der internationalen Bühne, indem sie einerseits die österreichische Friedenspolitik aktiv unterstützte, andererseits auf den Aufruf der II. Internationale einging; innerhalb der Monarchie, wo sich die Partei nochmals als loyale, staatstragende, zentripetale Kraft erwies; schließlich in den eigenen Reihen: Die als zu gemäßigt regierungsfreundlich geltende Linie der Führungsspitze stieß auf Protest in der Basis und in der Minderheitsgruppe der ‚Linken‘, der es auf dem Oktober-Parteitag gelang, die Partei nach links zu drängen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN DES JAHRES 1917

In den ersten drei Kriegsjahren sah sich die DSAPÖ mit einer wesentlichen Einschränkung ihres Spielraums konfrontiert. Zensur, Militarisierung der Arbeitsverhältnisse, polizeiliche Kontrolle und Unterdrückung jeglicher Form von Protest ließen die Partei, die u.a. wegen der Einberufungen bis zu 80% ihrer Mitglieder verlor, auf abwartende Positionen zurückziehen. Diese Einstellung hatte Victor Adler schon auf der letzten Sitzung des „Bureau Socialiste International“, des Koordinationsorgans der Internationale, im Juli 1914 in Brüssel verkündigt: Zur Bestürzung seiner Zuhörer, die sich von dem angesehenen Anführer der österreichischen Sozialdemokratie wegweisende Worte erwartet hatten, erklärte Adler jeden Widerstand gegen den Krieg für sinnlos und legte seine Absicht dar, alle Kräfte zur Aufrechterhaltung des Parteiapparats zu konzentrieren¹. An diesen Vorgaben, die mit der einzigen Gegenstimme Friedrich Adlers von der ganzen Führungsgruppe der DSAPÖ geteilt wurden², hielt man tatsächlich zumindest bis 1917 fest. Die Partei versuchte, die eigene Organisation

¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung in Georges HAUPT, Der Kongreß fand nicht statt. Die Internationale 1914. Wien 1967, 157–158.

² Rudolf G. ARDELT, Die österreichische Sozialdemokratie und der Kriegsausbruch 1914. Die Krise einer politischen Elite, in: *Jahrbuch für Zeitgeschichte* 1979, 59–130, hier: 83. Vgl. ferner DERS., Das Regime des § 14 – Der Weg der Sozialdemokratie in die Krise, in: Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888–1914. Wien 1994, 54–74.

zu retten und ihre Tätigkeit hauptsächlich im sozialen Bereich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Zivilbevölkerung zu entfalten³.

Trotz repressiver Maßnahmen und Willkürakte von Seiten der Regierung⁴ hielt die Sozialdemokratie an der Linie des Burgfriedens fest, die Karl Renner am entschiedensten vertrat. Er übernahm 1916 die Leitung des Ernährungsamtes und verzichtete ein Jahr später, vermutlich wegen der Widerstände innerhalb seiner Partei, auf die Übernahme eines Ministeramtes, das ihm von Clam-Martinic angeboten wurde⁵. Der Nachgiebigkeit auf dem Gebiet der Innenpolitik entsprach die mangelnde bzw. sehr späte Distanzierung von der Annexionspolitik der habsburgischen Regierung. Das Ende der Ära Stürgkh und der Thronwechsel bahnten einen neuen innen- wie außenpolitischen Kurs an, dem die Februarrevolution in Russland weiteren Schwung gab. Die maßgebliche Rolle des Petersburger Sowjets in der Gestaltung der Außenpolitik der provisorischen bürgerlichen Regierung verlieh den westlichen sozialistischen Parteien in den Augen der jeweiligen Regierungen eine neue Bedeutung. Der öffentlich bekundete Friedenswille des Sowjets machte die Diplomaten der beiden kriegführenden Lager mobil, um das Austreten Russlands aus dem Krieg zu verhindern bzw. um zu einem Sonderfrieden im Osten zu gelangen. In beiden Fällen kam den Sozialisten der Entente wie denen der Mittelmächte die heikle Aufgabe zu, sich in Petersburg im Sinne der außenpolitischen Ziele der eigenen Regierung einzusetzen.

Doch was sich in den vorherigen drei Jahren als Folge der ‚union sacrée‘ nicht so schwer erwiesen hatte, nämlich die enge Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Regierungen und selbst die Übernahme von Ministerposten, geriet nun angesichts des Friedensdrucks von außen und von der eigenen Basis allmählich ins Schwanken. Man muss sich die unglückliche Lage der sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder vergegenwärtigen, die zwischen den Verpflichtungen der nationalen Verteidigung und der Kriegsmüdigkeit von Bevölkerung und Anhängerschaft gedrängt waren; hinzu kam die Neubelebung der Internationale und deren Herausforderung zum Frieden. Das führte in England und Frankreich zur Auflösung des Regierungsbündnisses, nachdem die jeweiligen Exekutiven der Teilnahme der SFIO und der „Labour Party“ an den Stockholmer Gesprächen, selbst in einer sehr gemäßigten Form, nicht zugestimmt hatten⁶. Die Verweigerung der Pässe nach Schweden trug dem aufrichtigen Einsatz der Sozialisten für das Vaterland keineswegs Rechnung. Eine besondere Bedeutung kommt hierzu der Reise von Vertretern der französischen und der britischen Arbeiterbewegung nach Russland im Frühjahr 1917 zu. Hauptziel der Mission, die mit den jeweiligen Regierungen detailliert geplant wurde, war die Fühlungnahme mit den russischen Revolutionären, um sie über die politische Situation in der Heimat aufzuklären (etwa über die Gründe des Regierungseintritts) und um sie zur Fortführung des Krieges aufzufordern; gleichzeitig sollte versucht werden, die russischen Bedingungen zur Teilnahme an der Friedenskonferenz zu lockern⁷. Die Aufgabe der westlichen Sozialisten stieß aber bald an ihre Grenzen: Nach drei Jahren des Burgfriedens haftete an ihnen der Ruf des ‚Sozialpatriotismus‘, was das Misstrauen des Sowjets verstärkte; als großes Hindernis stellte sich zuletzt die Annahme der russischen Friedensformel „ohne Annexionen und Kontributionen“ heraus, die für keine kriegführende Regierung akzeptabel gewesen wäre.

Auch die Mittelmächte griffen auf die Vermittlung der Sozialdemokratie zurück, um Sondierungsgespräche mit dem Sowjet anzubahnen. Der dänische Sozialdemokrat Frederik Borgbjerg, dessen

³ Dazu Ludwig BRÜGEL, *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie* 5. Wien 1925; Berthold UNFRIED, *Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Österreich während des Ersten Weltkrieges*. Phil. Diss., Wien 1990, 210–219.

⁴ Viele Beispiele führte Friedrich Adler in seiner Verteidigungsrede 1917 an. Johann Wolfgang BRÜGEL (Hg.), *Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht*. 17. und 18. Mai 1917. Wien–Frankfurt–Zürich 1967.

⁵ Zu den Positionen Renners bezüglich des Burgfriedens s. Karl RENNEN, *Marxismus, Krieg und Internationale*. Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus im und nach dem Weltkrieg. Stuttgart 1917.

⁶ Für Frankreich s. Heinrich GROSSHEIM, *Sozialisten in der Verantwortung*. Die französischen Sozialisten und Gewerkschafter im Ersten Weltkrieg 1914–17. Bonn 1978; für England Rudolf KLEPSCH, *British Labour im Ersten Weltkrieg*. Die Ausnahmesituation des Krieges 1914–1918 als Problem und Chance der britischen Arbeiterbewegung. Göttingen 1985.

⁷ GROSSHEIM, *Sozialisten in der Verantwortung*, 148–153; KLEPSCH, *British Labour im Ersten Weltkrieg*, 157–164; Jürgen STILLIG, *Die russische Februarrevolution 1917 und die sozialistische Friedenspolitik*. Köln–Wien 1977, 125–131.

Deutschfreundlichkeit bekannt war, reiste Anfang April nach Absprachen mit deutschen Behörden und den SPD-Politikern Scheidemann und Ebert nach St. Petersburg, doch seine Mission verlief erfolglos⁸. Sie war allerdings Teil eines weit angelegten Planes für die Herbeischaffung eines Sonderfriedens im Osten, dem sich eine breite Propagandaaktion der SPD anschloss. Mit einer aktiven Friedenspolitik unter der Parole ‚Verständigungsfrieden‘ sollte Druck auf die Ententesozialisten ausgeübt werden. Wie sich Ebert in einem Brief an seinen Sohn ausdrückte: *Wir tun alles, um eine Verständigung mit den russischen Sozialisten herbeizuführen. Ich hoffe, dass uns das bald gelingt. Die Franzosen und Engländer werden dann auch folgen müssen.*⁹

In Österreich fiel die Friedensbotschaft aus Russland auf sehr fruchtbaren Boden. Im Bewusstsein der äußerst schwierigen Lage der Monarchie hatte sich der neue Kaiser bereits zu Friedenschritten entschlossen, die in der Sixtus-Affäre ihren bekanntesten Ausdruck fanden¹⁰. Doch neben dieser und anderen (halb)offiziösen, von bürgerlich-konservativen Kreisen ausgehenden Initiativen (Meinl, Lammasch), denen das meiste Interesse der Historiographie gegolten hat, entwickelte sich 1917 eine bis dahin neuartige Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Außenpolitik. So verschieden die Beweggründe der handelnden Personen auch sein mochten, fand jene Zusammenarbeit doch ihre Rechtfertigung in dem gemeinsamen Friedenswillen, der auf den Hoffnungen auf einen Sonderfrieden im Osten beruhte (Czernin) und an die Vermittlungsversuche der Internationale anknüpfte. Für die DSAPÖ handelte es sich um ein nicht ganz ungefährliches Unternehmen, das sie dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit der Regierung aussetzte und Hoffnungen erweckte, die weit über ihren Handlungsspielraum hinaus gingen.

DIE VORGESCHICHTE DER FRIEDENSKONFERENZ

Am 31. März 1917 signalisierte Außenminister Czernin in einem im „Fremdenblatt“ erschienenen Interview die Bereitschaft der Zentralmächte, zu einem „ehrvollen“ Frieden mit Russland und der Entente und zur Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz zu gelangen. Man mag über die Aufrichtigkeit dieser Stellungnahme sowie im Allgemeinen über die Folgerichtigkeit der Politik Czernins berechnete Zweifel hegen¹¹, aber man muss anerkennen, dass sie ein erster, öffentlich ausgesprochener Verzicht auf Annexionspläne war; außerdem belegen andere Zeugnisse den Friedenswillen des Außenministers, zumindest in dieser ersten Phase¹². Das war ein unumgänglicher Schritt für die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, die die Ereignisse in Russland begrüßt und ihre politische Tätigkeit – auch auf Druck der Basis – intensiviert hatte. Der neue Kurs der österreichischen Regierung unter Kaiser Karl ließ in der Tat Hoffnungen auf die Wiedereinberufung des Parlaments und die relative Normalisierung des politischen Lebens zu, was der außenpolitischen Zusammenarbeit zugute kam.

⁸ Friedhelm BOLL, *Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*. Bonn 1980, 211; Edward H. CARR, *La rivoluzione bolscevica 1917–1923*. Torino 1964, 803–804.

⁹ Walter MÜHLHAUSEN, Bernd BRAUN (Hgg.), *Friedrich Ebert und seine Familie. Private Briefe 1909–1924*. München 1992, 105. Wenige Tage früher hatte auch Scheidemann bei einer Sitzung des Parteiausschusses die Richtlinien der Friedenspolitik der SPD erklärt, die auf einen Sonderfrieden abzielte: *Es ist ganz selbstverständlich, dass unsere Bemühungen darauf gerichtet sein müssen, den allgemeinen Frieden so schnell wie möglich herbeizuführen. Wenn wir den allgemeinen Frieden nicht bekommen können, dann werden wir selbstverständlich auch einen Separatfrieden akzeptieren*. Dieter DOWE (Hg.), *Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921*. 2 Bände. Berlin–Bonn 1980 (Nachdruck), Bd. I, 475–476.

¹⁰ S. dazu den Beitrag von Helmut Rumpler in diesem Band.

¹¹ So zum Beispiel Ingeborg MECKLING, *Die Außenpolitik des Grafen Czernin*. Wien 1969, 70–77, die Czernins Friedensaktivismus einem taktischen Kalkül für das Zusammenschweißen der inneren Front zuschreibt; nach Mecklings Auffassung hatte diese Politik auch Druck auf die Öffentlichkeit in den Ententeländern ausgeübt und ihnen die Schuld an der Verlängerung des Krieges zugewiesen.

¹² S. zum Beispiel seine Position beim Treffen mit Bethmann-Hollweg in Berlin am 26. März 1917 in: André SCHERER, Jacques GRUNEWALD (Hgg.), *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale*. Bd. II, Paris 1966, 50–60, sowie ebd., 97f., den deutschen Bericht aus Wien vom 13. April 1917.

Mangels direkter Quellen ist es nicht möglich, mit Sicherheit festzustellen, von welcher Seite das erste Angebot kam¹³. Czernin hatte dem deutschen Verbündeten wiederholt seine Sorgen über die weitere Widerstandsfähigkeit der Doppelmonarchie und die Auswirkungen der russischen Revolution auf die slawischen Völker der Monarchie zukommen lassen¹⁴; auch machte er aus seinen Hoffnungen auf einen Separatfrieden im Osten keinen Hehl. Dazu aber brauchte Czernin die richtigen Vermittlungspersonen, die er, nach anfänglichem Zögern¹⁵, in den Vertretern der Sozialdemokratie fand. Laut den Tagebucheintragungen des tschechoslowakischen Sozialisten Bohumír Šmeral fand das Treffen zwischen der aus Karl Renner, Victor Adler und Karl Seitz bestehenden sozialdemokratischen Delegation und Czernin am 10. und 11. April in Wien statt¹⁶. Das Treffen, allerdings nicht das genaue Datum, wurde auch von Josef Redlich verzeichnet: Seinem Tagebuch zufolge wurde damals eine Vereinbarung getroffen, die die Regierung zum Verzicht auf Verfassungsänderungen durch Oktroi und die DSAPÖ zur Mitarbeit an den Friedensbemühungen verpflichtete¹⁷. Diese Initiative kreuzte sich mit dem Versuch der Internationale, die angeschlossenen Parteien aus beiden Lagern zu einer Friedenskonferenz nach Stockholm einzuberufen¹⁸.

Dass die Konferenz zu keinen konkreten Schritten für den Frieden führen konnte, war sowohl ihren Befürwortern als auch ihren Gegnern klar; doch sie mobilisierte die sozialistischen Parteien und die Diplomatie aller kriegführenden und neutralen Länder. Die Frage, warum einem so aussichtslosen Versuch so viel Energie galt, ist daher berechtigt. Was bewegte Czernin zu den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und zur Unterstützung ihrer Reise, allerdings unter Aufsicht seiner Diplomaten und Sonderbeauftragten? Schenkt man seinen Memoiren Glauben, so hatte er das aus bewusstem Kalkül gemacht, fest überzeugt von der inneren Aussichtslosigkeit des Versuchs, wie er sich in einem Brief an István Tisza ausdrückte: *Entweder sie bringen den Frieden, dann wird es sicherlich ein ‚sozialistischer‘ sein, und der Kaiser wird ihn aus der Tasche bezahlen.[...] Oder sie bringen – wie zu erwarten – den Frieden nicht, dann war mein Vorgehen um so richtiger, denn dann habe ich ihnen bewiesen, dass nicht die ‚Unfähigkeit der zünftigen Diplomatie‘, sondern die Verhältnisse daran schuld sind, dass der Krieg nicht aufhört.*¹⁹ Das klingt insofern überzeugend, als diese Politik auch den Leitlinien der deutschen Regierung entspräche²⁰. Doch hinter diesen rechtfertigenden Aussagen steckte mehr, als Czernin eingestehen wollte. Der genaue Inhalt der mit den Führern der DSAPÖ getroffenen Ab-

¹³ Die Bemerkung Czernins, die Sozialisten seien *aus eigenem Antriebe* zu ihm gegangen und haben um die Ausreisebewilligung gebeten, ist nur bedingt aussagekräftig, da der Minister die Beschuldigung einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie von sich abzuwenden trachtete; Ottokar CZERNIN, *Im Weltkrieg*. Berlin–Wien 1919, 228–231.

¹⁴ Zuletzt durch das bekannte Memorandum vom 12. April 1917, abgedruckt ebd., 104–108.

¹⁵ Noch am 4. April hatte Czernin den Vorschlag des Botschafters in Stockholm, Graf Hadik, abgelehnt, sich der sozialdemokratischen Vermittlung für einen direkten Kontakt mit Russland zu bedienen. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, Politisches Archiv (im Folgenden HHStA, P.A.), I, 958, Liasse Krieg 25 z Friedensverhandlungen.

¹⁶ Renner und Czernin, die sich am 10. getroffen hatten, schlossen sich am darauf folgenden Tag Adler und Seitz an. UNFRIED, *Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Österreich*, 185.

¹⁷ Josef REDLICH, *Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919*. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, bearbeitet von Fritz Fellner. Graz–Köln 1954. 2 Bände, hier Bd. II, 201: Vor dem Beschluss der Regierung, auf das Oktroi zu verzichten und den Reichsrat wieder einzuberufen, seien *Verhandlungen Czernins mit den Sozialdemokraten Adler und Renner vorausgegangen, zum Zwecke der Teilnahme dieser an den sozialdemokratischen Bemühungen, mit den russischen Sozialisten zu einem Sonderfrieden zu gelangen. Adler und Renner erklärten sich dazu bereit unter der Bedingung, dass die Oktroyierungspläne fallen gelassen würden.*

¹⁸ Für die Vorgeschichte der Konferenz und die diesbezügliche Literatur sei auf Francesco MARIN, *Pacifisti e socialpatrioti. La socialdemocrazia austriaca alla conferenza per la pace di Stoccolma – 1917*. Trento 1996, hingewiesen, bes. 75–106.

¹⁹ CZERNIN, *Im Weltkrieg*, 229.

²⁰ *Deutschland hat aus Gründen der inneren Politik (um das Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratie nicht zu trüben) und aus Gründen der äusseren Politik (um nach aussen hin zu dokumentieren, dass Deutschland alles tut, um den Friedensgedanken zu begünstigen) nichts getan, um die deutschen Sozialisten aller Richtungen zu verhindern, nach Stockholm zu fahren*, so resümierte ein hoher Beamter des Auswärtigen Amtes im August 1917 die Richtlinien der deutschen Politik für Stockholm. *L'Allemagne et les problèmes de la paix II*, 354. Czernin selbst nahm in einer internen Besprechung Bezug auf Einvernehmen mit dem deutschen Verbündeten in Sachen „Stockholm“. HHStA, P.A., I, 583, Delegationsakten 1917–1918, Aufzeichnungen über eine am 13.6.1917 im Ministerium des Äusseren stattgehabte vertrauliche Besprechung.

sprache sowie die aktive Unterstützung der habsburgischen Diplomatie²¹ wurden nicht erwähnt. Auch verschwieg der Minister seine strategischen Überlegungen zur unumgänglichen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, wie er sie Ende April 1917 dem deutschen Reichskanzler mitgeteilt hatte: Angesichts der sich sozial und politisch verschärfenden Lage in der Monarchie sei es *ein Gebot absoluter Notwendigkeit, die sozialdemokratische Organisation an uns zu binden und durch dieselbe auf die breiten Massen einzuwirken. Die österreichische Regierung erklärt ausdrücklich, die Verantwortung nicht mehr tragen zu können, falls dies vernachlässigt würde. Die sozialdemokratische Opposition verlangt als Preis ihrer Kooperation die Erklärung des Friedens ohne Annexionen.*²²

Neben diesem innenpolitischen Ziel versprach sich Czernin von der Zusammenarbeit mit der DSAPÖ auch die Fühlungnahme mit den russischen Sozialisten mit dem Ziel eines Sonderfriedens, doch diese Hoffnung, die er mit der deutschen Regierung geteilt hatte, verlor bald an Bedeutung. Dazu mag wohl auch der Verlauf der Stockholmer Verhandlungen beigetragen haben, indem sie auf die Beteiligung russischer Delegierter setzten. Aber selbst nach dem Scheitern dieser Pläne war Czernin an einem Auftritt der sozialdemokratischen Delegation in Stockholm interessiert: Das hätte nämlich dem ‚demokratischen‘ Image der Monarchie so viel genützt wie eine gemäßigte, den Zusammenhalt der Doppelmonarchie gegen die zentrifugale Exilpropaganda betonende Erklärung der Sozialdemokratie²³. Nachdem Czernin die Durchsetzung dieser Ziele gelungen war, spielte die Konferenz für ihn und für den deutschen Bundesgenossen insofern eine Rolle, als sie ein Druckmittel für die Öffentlichkeit der Ententestaaten darstellte und einen Keil in deren Koalitionsregierungen treiben sollte.

Warum sich die DSAPÖ auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung einließ und sich damit Kritik von links aussetzte, bedarf einer eingehenderen Erklärung, zumal die Historiographie diese wichtige Seite der Geschichte der DSAPÖ im Ersten Weltkrieg stark vernachlässigt bzw. verzerrend behandelt hat²⁴. Auf die Friedenstätigkeit der Partei im Anschluss an die russische Revolution ist bereits hingewiesen worden, ebenso auf die Bemühungen um die Wiedereröffnung des Parlaments. Nach dem erwähnten geheimen Treffen mit Czernin und vor der Abreise nach Schweden nahmen Vertreter der deutsch-österreichischen und der ungarischen Sozialdemokratie an einer Sitzung des Parteiausschusses der SPD in Berlin teil. Die Protokolle dieser wichtigen Zusammenkunft, von der Historiographie bisher vollkommen ausgeblendet, geben Auskunft über die Ausgangspositionen und die Erwartungen der DSAPÖ; sie sind besonders aufschlussreich, weil hier die Stellungnahme der Partei,

²¹ S. zum Beispiel die Anweisungen Czernins an die Botschafter in Berlin und Stockholm, Hohenlohe und Hadik, vom 11. und 18. April 1917 in HHStA, P.A., I, 958, Liasse Krieg 25 z. In dem Telegramm an Hohenlohe hieß es ausdrücklich: *Die Herren [Adler, Seitz und Renner] reisen nicht als meine Mandatare, sondern im eigenen Namen, jedoch mit meiner vollen Zustimmung.*

²² Ebd., 957, Liasse Krieg 25 t-x, Czernin an Hohenlohe, Wien, 28. April 1917. Mit leichten Veränderungen ist das Dokument abgedruckt in Joachim BÖHM, Czernin, Adler und Stockholm. Über die Zusammenarbeit österreichischer Rechtssozialisten mit der Regierung im Jahre 1917, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 16/5(1968), 613–623, hier 619f. In dem zitierten Brief an Tisza war nur von der notwendigen Kooperation mit der Sozialdemokratie nach dem Krieg die Rede.

²³ Das Ziel, gegenüber dem Ausland ein ‚demokratisches‘ Bild Österreich-Ungarns zu liefern, indem man auf innere Reformen und Regierungsteilnahme der Sozialisten setzte, wurde auch von Kaiser Karl unterstützt. Siehe den Tagebucheintrag Redlichs vom 6. Juli 1917. REDLICH, Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919, Bd. II, 216–218.

²⁴ Das gilt zunächst für die marxistische Historiographie, der grundsätzlich an der Brandmarkung der ‚verräterischen‘ Politik der Sozialdemokratie gelegen ist. Exemplarisch hierzu BÖHM, Czernin, Adler und Stockholm; Peter KULEMANN, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. Hamburg 1979, 176–180. S. auch Norbert LESER, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien–Köln–Graz 1985, 109–133. Weniger kritisch dagegen Hans MOMMSEN, Viktor Adler und die Politik der österreichischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, in: Isabella Ackerl, Walter Hummelberger, Hans Mommsen (Hgg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag. Wien 1981, 2 Bände, hier Bd. I, 378–408; Berthold UNFRIED, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg: Wien und Niederösterreich, in: Wolfgang Maderthaner (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat. Wien 1988, 131–165; DERS., „Stockholm“ und „Zimmerwald“ in Österreich. Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich und die „Österreichische Internationale“ 1917/18, in: Brigitte Keplingler (Hg.), Friedensfrage und Arbeiterbewegung 1917–1918. Wien 1988, 129–141.

wie sie von Victor Adler vorgetragen wurde, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, vor einer freundlich gesinnten Versammlung unbefangen zum Ausdruck gebracht wurde²⁵. Adler betonte den gemeinsamen Friedenswunsch von Regierung und Sozialdemokratie und führte die Bekehrung der führenden Schichten Österreichs zur Friedenssache auf die Not der Stunde zurück: Aus dem Gespräch mit Czernin habe die österreichische Delegation *die Überzeugung gewonnen, dass es den Leuten bis zum Kaiser nunmehr ernst ist um den Frieden*. Und er fügte hinzu: *Ich würde ihren Worten kein Vertrauen schenken, auch nicht bis zu einem sehr niedrigen Prozentsatz, wenn ich nicht wüßte, dass das nicht ihre Güte und nicht ihr Verstand will, sondern eine eiserne Notwendigkeit, die die oben genau so empfinden wie wir*. Adler verkannte nicht die Folgen der Herausforderung aus den russischen Ereignissen: *Wir haben nicht mehr die Folie des Zarismus – die Regierung nicht, aber auch wir nicht. Und wie der Freiligrath gesagt hat: Den Jellatschitsch zu schlagen, schlage deinen Jellatschitsch! Diese Pflicht, den eigenen Jellatschitsch zu schlagen, liegt nun mit dreifacher, mit hundertfacher Wucht auf uns. Nur in dem Sinne meine ich, dass die russische Revolution an uns Forderungen stellen kann*²⁶.

Auf das Argument der Entente, dass die Demokratisierung der Staaten Mitteleuropas die Bedingung für Friedensverhandlungen sei, ging Adler nicht ohne Humor ein, indem er auf die Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hinwies: *Bei Euch geht das wahrscheinlich schneller, Ihr seid ja überhaupt sehr rasch. Aber in Oesterreich – ; es wäre ja schlimm, wenn der Frieden so lange warten müßte, bis wir würdig sind, dass mit uns Frieden geschlossen wird*. Seinem Ruf als Pragmatiker der Partei wurde der Führer der DSAPÖ auch bei dieser Gelegenheit gerecht. Doch bei den Beweggründen der sozialdemokratischen Zusammenarbeit mit der Regierung spielte die Rückkehr zu parlamentarischen Zuständen wahrscheinlich eine größere Rolle, als von Adler zugegeben. Zwei weitere Hintergrundmotive, die mit dem Auftritt der Partei in Stockholm zusammenhängen, sind weiters zu erwähnen: Einerseits die Widerlegung der These exilpolitischer Kreise um die „Befreiung der unterdrückten Völker“ und die Auflösung der Monarchie, ein vor allem von Renner vertretener Standpunkt; andererseits der Versuch, die österreichische „kleine Internationale“ wieder zusammenzubringen²⁷. Auf diese beiden Aspekte soll in der Folge näher eingegangen werden.

DIE KONFERENZ IN STOCKHOLM

Die Einberufung der Stockholmer Konferenz wurde auf einer im holländischen Laren stattgefundenen Sitzung des Exekutivkomitees des „Bureau Socialiste International“ am 15. April 1917 beschlossen²⁸. Ein Organisationskomitee, bestehend aus Vertretern der Sozialdemokratien der neutralen Länder unter der Leitung des Sekretärs des BSI Camille Huysmans, lud alle in der Internationale zusammengeschlossenen Parteien zu Vorbesprechungen nach Stockholm ein, doch konnte der zuerst für den 15. Mai festgesetzte Termin für die Plenarkonferenz nicht eingehalten werden. Es folgten zwischen Mai und November viele separate Sitzungen mit denjenigen Delegationen, die der Initiative zugestimmt und von ihren Regierungen die Ausreiseerlaubnis erhalten hatten. Der Boykott der Kon-

²⁵ Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–1921, Bd. I, 505–508.

²⁶ Ebd., 507. Hervorhebung im Original.

²⁷ Zu diesem letzten Punkt s. UNFRIED, „Stockholm“ und „Zimmerwald“ in Österreich; DERS., „Ein österreichisches Zimmerwald“. Versuche zur Wiederherstellung der österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei 1917/18: Zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des „Nationalitätenprogramms der Linken“. *„Archiv“ – Jahrbuch des VGA* 3(1987), 153–185.

²⁸ Zur (Vor)Geschichte der Konferenz: Hildemarie MEYNELL, The Stockholm Conference of 1917, in: *International Review of Social History* 5(1960), 1–25 und 205–225; Agnes BLANSDORF, Die Zweite Internationale und der Krieg. Die Diskussion über die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 1914–1917. Stuttgart 1979, besonders 365–376; Martin GRASS, Friedensaktivität und Neutralität. Die skandinavische Sozialdemokratie und die neutrale Zusammenarbeit im Krieg, August 1914 bis Februar 1917. Bonn–Bad Godesberg 1975; DERS., Die Stockholmer Konferenz 1917 in Schweden. Einige Aspekte, in: Kepplinger (Hg.), *Friedensfrage und Arbeiterbewegung 1917–1918*, 34–66; Johanna M. WELCKER, Zwischen Wirklichkeit und Traum. Die Stockholmer Friedenskonferenz von 1917, in: Evelyn Gröbl (Hg.), *Arbeiterbewegung und Friedensfrage 1917 bis 1939*. Wien 1984, 33–68. S. auch den vom Organisationskomitee herausgegebenen dokumentarischen Band: COMITÉ ORGANISATEUR DE LA CONFÉRENCE SOCIALISTE INTERNATIONALE DE STOCKHOLM, Stockholm. Stockholm 1918 (Nachdruck Genève 1980).

ferenz durch die Entente ließ den sozialistischen Parteien der Mittelmächte – allen voran die SPD, die USPD und die Sozialisten aus der Monarchie – freien Raum. Auch die Erweiterung des Komitees auf die russischen Sozialisten, die ihren Plan einer eigenen Konferenz somit fallen ließen, konnte das ehrgeizige Projekt der Internationale nicht vor dem Scheitern bewahren.

Die österreichische Delegation (Victor Adler, Karl Renner, Karl Seitz, Anton Hueber, Ludo Moritz Hartmann) wurde von dem Komitee am 25. und 26. Mai empfangen; ihr schlossen sich einige Vertreter anderer Sektionen der „kleinen Internationale“ an: der Pole Diamand, die Tschechen Stein und Burian, die Bosnier Markić und Glušac²⁹. Um ihre Teilnahme hatten sich die österreichischen Delegierten bei Czernin bemüht. Die Vorhaben Renners und Czernins, auf diese Weise ein vereintes Bild der Gesamtpartei zu liefern bzw. weitere Stimmen für die Integrität der Monarchie zur Geltung zu bringen, wurden durch die Veröffentlichung stark abweichender Schriften (etwa von Seiten der tschechischen Föderalisten oder der Südslawen) beeinträchtigt; auch die viel entschlosseneren und unabhängigeren Stellungnahme der ungarischen Sozialdemokratie – trotz entsprechender Beeinflussungsversuche³⁰ – unterstrich die politischen Unterschiede und die Regierungstreue der Deutschösterreicher. Czernin hatte nicht nur dafür gesorgt, dass den Vertretern der DSAPÖ jede mögliche Unterstützung gewährt wurde, sondern er hatte auch seine Diplomaten mit der Beobachtung der Kongressarbeiten und der Überwachung der Teilnehmer beauftragt, *falls unsere sozialdemokratischen Politiker eine vom Standpunkte unserer staatlichen Interessen abträgliche Haltung einnehmen sollten*³¹. So weit sollte es aber gar nicht kommen.

Die Diskussion mit dem Komitee verlief nach einem von den Organisatoren ausgearbeiteten und den Teilnehmern im voraus bekannten Fragebogen, an dem sich auch die später eingereichten Memoiren der einzelnen Delegationen orientierten³². In der ersten Sitzung wurden mit besonderem Nachdruck die Fragen der Neuordnung Europas nach dem Krieg und des damit eng zusammenhängenden Problems des Selbstbestimmungsrechts der Völker behandelt. Die Österreicher vertraten den Standpunkt „keine Annexionen und keine Kriegsentschädigungen“, die inzwischen auch zur Parole der Regierung geworden war, und wiesen jede Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht entschieden zurück. Besonders der letzte Punkt wurde ausführlich dargelegt, als eine klare Antwort an die Kriegsziele der Entente, die auf die Befreiung der „unterdrückten Völker“ der Monarchie hinausliefen. Adler zufolge müsse das Selbstbestimmungsrecht *behandelt werden mit Rücksicht auf das, was da wirklich in Oesterreich ist. Man kann die Deutschen nicht befreien, ohne die Tschechen und Slovenen auch zu befreien. Recht zu einer staatlichen Selbständigkeit ist hier der Kernpunkt*, und er fügte hinzu: *Ich bin ein freier Mann und ich sage: unterjocht, bedrückt sind diese Leute (Tschechen, Deutsche usw.) nicht*.³³ Andere Delegierte bekräftigten seine Aussagen: *Eine Unterdrueckung der kulturellen Entwicklung der Völker bestand in Oesterreich nicht, und wir können darum Oesterreich dankbar sein*, beteuerte Diamand³⁴, dem Renner zustimmte: *Oesterreich hat Nationen nicht unterdrückt, sondern im Gegenteil die kleinen Nationen conservirt. Die Anklagen der Entente sind in dieser Beziehung unberechtigt*. Weiter stellte Renner die Aufrichtigkeit der Entente-Kriegsziele in Abrede: *Die Erwartungen, die sich auf*

²⁹ Die Liste der Teilnehmer ist den unveröffentlichten Protokollen der Konferenz zu entnehmen. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Bureau Socialiste International (im Folgenden IISG, BSI), 39. Diese Quelle hat freilich einen anderen Stellenwert als die von der Delegation selbst verfasste Niederschrift der Unterredung mit dem Komitee, die dem Parteitag vorgelegt wurde. S. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, Abgehalten in Wien vom 19. bis 24. Oktober 1917, 72–78.

³⁰ Hartmann erwähnt in einem Brief an Victor Adler vom 4. Juni die Tatsache, dass die Ungarn *von Seitz gut eingepackt worden waren*. Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung (im Folgenden VGA), Wien, Adler-Archiv, Mappe 186.

³¹ Czernin an den Sonderbeauftragten in Stockholm von Fürstenberg, Wien 7. Mai 1917. HHStA, P.A., I, 959.

³² Der Fragebogen ist abgedruckt in Stockholm, XI–XII; im selben Band sind auch die Memoiren, für die DSAPÖ 124–127.

³³ IISG, BSI, 39, Bl. 2. In den Zitaten wird die originale Rechtschreibung des Protokolls wiedergegeben. Adler hatte schon in einer Vorbesprechung mit deutschen Sozialdemokraten dargelegt, dass *alle Streitigkeiten über das Selbstbestimmungsrecht der Völker töricht seien, weil es ein Unfug sei, den kleinen Nationen und Natiönchen einzureden, dass sie sich in jeder Beziehung selbständig machen könnten*. Philipp SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten. Dresden 1928, 2 Bände, hier Bd. II, 7f.

³⁴ IISG, BSI, 39, Bl. 6.

*eine Teilung Oesterreichs richten, gehen nicht auf nationale Befreiung aus, sondern auf wirtschaftliche Einverleibung.*³⁵

In der zweiten Sitzung protestierte die Delegation gegen die angeblich einseitige Wahl der Beispiele, die im Fragebogen als Streitfragen angeführt worden waren. Renners Einwand: *Kein einziges Beispiel fuer die Westmächte ist im Fragebogen angefuehrt, und keine allgemeine Fragen*, folgte die Aufforderung desselben, auch Malta und Gibraltar als solche zu betrachten. Viktor Stein, Vertreter der tschechischen zentralistischen Partei, klagte über die Aufnahme der tschechischen Frage in die ‚internationalen‘ und erklärte die Position seiner Partei: Die Forderung eines selbständigen Staats sei von ihr *aus prinzipiellen Gruenden und von den Buergerlichen aus taktischen Gruenden [...] nicht vorgetragen*, denn *durch die Erfuellung der Autonomie ist die Frage besser gelöst. Einen kleinen Staat zu schaffen hat keinen vernuenftigen Zweck.*³⁶ Die Frage Hjalmar Brantings, ob *die sozialistische separatistische boehmische Partei auf demselben Standpunkt steht*, bejahte Stein, obwohl die Meinungen über diesen kritischen Punkt völlig divergierten. Die Denkschrift der konkurrierenden Partei widersprach in der Tat den Aussagen Steins entschieden³⁷.

Höhepunkt der Sitzung war ein langes Exposé Karl Renners, das sich, seinem Umfang nach eher als akademischer Vortrag konzipiert, von den anderen Diskussionsbeiträgen beträchtlich abhob³⁸. Schon in seiner ersten Wortmeldung hatte Renner den ökonomischen Fragen gegenüber den nationalen den Vorrang gegeben. Gemäß dieser Prämisse behandelte er hauptsächlich wirtschafts- und geopolitische Fragen: Er kritisierte die von der Entente aufgestellte Blockade gegen die Mittelmächte und setzte sich für den freien Welthandel und die Wiederherstellung der „offenen Tür“ in den Kolonialgebieten ein. Die gewählten Beispiele und der Ton würden nicht auf die Rede eines österreichischen sozialdemokratischen Politikers schließen lassen. Bei Renner ging es um Kolonien, um den zweiten Marokko-Vertrag, um die Bagdadbahn und um die Kontrolle und Nutzung der Seestrassen, kurz: um grundsätzliche deutsche machtpolitische Interessen. Einige Zitate mögen das veranschaulichen. So erklärte Renner zur Frage der Handelsfreiheit: *Wir muessen den Weltverkehr schuetzen. Der Kampf um die Strasse ist dominierend. England kämpft um das Monopol der Beherrschung der grossen und wesentlichen Seestrassen. Darin sind die Mittelmächte uebereins, dass der Krieg gefuehrt wird. Der Zustand prekär. Und wenn Deutschland dagegen kämpft, so fuehrt es den Kampf fuer eine Idee.* Weiterhin hieß es, dass es unmöglich sei, *dass die ganze Welt monopolisirt wird von ein Paar Mächten. Deutschland hat sich vor 1871 nicht okkupatorisch betätigt, aber während dieser Zeit haben sich Frankreich und England okkupatorisch betätigt. Wir haben Volksvermehrung. Wir brauchen Rohstoffe u.s.w. Wir muessen vieles Gewicht darauf legen. Dies ist das wesentliche.*

Diese Überlegungen Renners waren nicht neu, sie waren schon, freilich mit weniger polemischem Ton, in der Aufsatzsammlung „Marxismus, Krieg und Internationale“ veröffentlicht worden³⁹. Dort führte er die Internationalisierungsprozesse in der Wirtschaft und im Rechtswesen, die Notwendigkeit einer zukünftigen internationalen Gerichtsbarkeit und die neuen Aufgaben der Internationale aus. Auch bekannt waren seine Vorstellungen eines engeren Bündnisses Österreich-Ungarns mit Deutschland, die sich zum großen Teil mit den Mitteleuropaideen Friedrich Naumanns deckten⁴⁰. Seine Stellungnahme in Stockholm ging darüber hinaus und es kam darin zu einer totalen Identifizierung mit den deutschen Positionen, zu deren Sprachrohr Renner wurde. Auch in der Frage Elsaß-Lothringen und in der Schulfrage, deren Erörterung auf der Friedenskonferenz von den Österrei-

³⁵ Ebd., Bl. 7.

³⁶ Ebd., Bl. 12–13.

³⁷ Stockholm, 128–133. Der Denkschrift der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei war eine kurze „Note complémentaire du Parti Socialiste (Centraliste)“ beigelegt, die sich dem Standpunkt der DSAPÖ anpasste.

³⁸ IISG, BSI, 39, Bl. 15–19.

³⁹ *Marxismus, Krieg und Internationale*, 171–198.

⁴⁰ Verständlicherweise sehr umstritten war die Rezeption des Naumannschen Werkes in sozialdemokratischen Kreisen. Eine bekannte Kritik an dem Mitteleuropagedanken in RUDOLF HILFERDING, *Europäer, nicht Mitteleuropäer!* In: *Der Kampf* 8(1915), 11–12, 357–365.

chern abgelehnt wurde, passte sich die DSAPÖ der Haltung der SPD an⁴¹, wie es wahrscheinlich in Berlin vereinbart worden war. Im Bereich der Friedenspolitik ist also keine Abkoppelung der Politik der DSAPÖ von der der SPD zu erkennen⁴².

Es kann daher nicht verwundern, dass der schwedische Gastgeber und einflussreicher Vertreter des Komitees Hjalmar Branting dem italienischen Botschafter sagte, dass *die österreichischen Sozialisten ihm einen sehr schlechten Eindruck gemacht haben, weil sie echte Werkzeuge nicht nur ihrer Regierung, sondern auch des Pan germanismus zu sein scheinen*⁴³. Dieses Urteil trifft auch auf die Ausführungen Renners zu, wird aber der Ansichten der gesamten Delegation nicht gerecht, wie am Beispiel Victor Adlers zu sehen ist. Adler bemühte sich, dem theoretischen Beitrag Renners die Parole eines konkreten, sofortigen Handelns für den Frieden entgegenzusetzen⁴⁴. Er blieb seinen Worten treu und fühlte sich der Friedensmission der Internationale, an die er fest glaubte, stets verpflichtet. Er verlängerte seinen Aufenthalt in Stockholm auch nach der Abreise der Delegation und wohnte an der Seite des Organisationskomitees mehreren Sitzungen bei, was ein Zeichen der Wertschätzung für seine Person war⁴⁵. Dort wartete er vergeblich auf das Eintreffen der Delegationen aus dem Westen, wie er später auf dem Parteitag berichtete⁴⁶, in der Überzeugung, dass *alles, was wir machen können, ist: die Initiative zu ergreifen, dass sich die Staatsmänner niedersetzen, um einen Verständigungsfrieden, [...] einzuleiten. Mehr können wir nicht machen. Das aber zu machen, ist unsere Pflicht, nicht nur gegen uns, sondern gegen die Millionen, die auf uns warten und auf unser Wort warten, das endlich diese Pflicht aussprechen soll*.⁴⁷ Auch war Adler sich der Zweideutigkeit seiner Position als ‚verlängerter Arm‘ der Regierung bewusst, wollte aber daraus eine Stärke machen: *Ich fühle durchaus die Schwäche meines Standpunktes, die daraus hervorgeht, dass auch die Mittelstaaten den Frieden wollen [...]. Aber welches ihre Gründe auch sein mögen, so ist das nach meiner Ansicht nicht ein Umstand, der gering zu schätzen, sondern zu benützen ist*⁴⁸.

Die Protokolle der Sitzung mit der ungarischen Delegation (Kunfi, Weltner, Buchinger) ergeben das Bild einer kämpferischeren Partei⁴⁹. Anders als die cisleithanischen Genossen, die zum Punkt „Friedenstätigkeit der Partei im Kriege“ nichts zu Protokoll gaben, betonten die Ungarn ihr frühes Engagement für den Frieden noch *vor dem Durchbruch im Osten, also wo die Russen noch in den Karpaten standen*, und erklärten sich frei von Kriegspsychose und Nationalismus⁵⁰. Sie erklärten sich bereit, die Schuldfrage zu erörtern, wenn das eine Vorbedingung für die Wiederaufnahme des Dialogs innerhalb der Internationale sein sollte. Sehr deutlich unterschied sich die ungarische Delegation von der österreichischen in der Bewertung von ‚Mitteleuropa‘: Nachdem sie klargemacht hatte, ihre Partei habe *von Anfang an den ganz. mitteleurop. Gedanken zurückgewiesen*, beantwortete sie eine sehr

⁴¹ Zur Schuldfrage sprach Seitz den Standpunkt der Delegation aus: *Wünschen dass die Verhandlungen [der Friedenskonferenz] sich nicht über Vergangenes erstreckt. Die Schuldfrage soll also nicht in Betracht kommen*.

⁴² Das ist die These von MOMMSEN, Viktor Adler, und UNFRIED, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung, 164, sowie DERS., Arbeiterprotest, 213: „Tatsächlich gingen ab 1917 die Wege der deutschen Mehrheitssozialdemokraten und der DSAPÖ auseinander.“

⁴³ Zitiert in Leo VALIANI, La dissoluzione dell’Austria-Ungheria. Milano ²1985, 286, Anm. 193.

⁴⁴ Gleich im Anschluss an dem Rennerschen Vortrag betonte er nachdrücklich: *Fuer die Friedenssache rein taktisch möchte ich sagen, dass die Herbeifuehrung des Friedens jetzt das Wichtigste ist*. IISG, BSI, 39, Bl. 19.

⁴⁵ Zeugnisse seines Aufenthaltes, der sich bis in den Juli hineinzieht, findet man in der Berichterstattung der schwedischen *Social-Democraten*. Eine Sammlung der Artikel über die Konferenz ist in Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliothek (im Folgenden ARAB), Stockholm, Holländsk–Skandinaviska Kommittén, Bd. II. Der schwer herzkrankte österreichische Parteiführer wurde von schwedischen Spezialisten betreut: s. Kaj BJÖRK, Österrisk–svenska förbindelser. Om Viktor Adler och Hjalmar Branting, in: *Arbetarhistoria* 58/59(1991), 62–66.

⁴⁶ *Wir haben in Stockholm gewartet, in meinem ganzen Leben habe ich nicht mit solcher Sehnsucht gewartet, gewartet, gewartet, dass neben den Delegierten der Mittelstaaten und des Orients sowie der Neutralen endlich auch Delegierte aus den Ententeländern kommen*. Protokoll, 283.

⁴⁷ So in einem Brief Adlers vom 14. Juni 1917 an den Russen Pavel Axelrod. IISG, Archiv Viktor Adler, 3.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Sie liegen in IISG, BSI, 39–40 ein. Die Sitzung fand am 29. und 30. Mai statt.

⁵⁰ Ebd., 39, Bl. 41: [wir] *können mit gut. Gewissen sagen, dass die ung. Arbeit. nie in den Auffass. des Imperialismus befangen war. Eben im dritten Kriegsjahre wie in den ersten Kriegsmonaten standen wir der Kriegspsychose fern. Unempfindlich gegen den Nationalismus*.

direkte Frage Huysmans (*Was denken Sie vom Argument der Deutschen, dass Mitteleuropa ein Vorteil wäre?*) mit bedachten, aber entschiedenen Worten: *Die Annäherung zwischen Deutschl. u. Oesterreich – erklärte Kunfi – ist mit der Entfremdung im Westen verbunden. Dies gefährlich. Wir haben eben deshalb den mitteleurop. Gedanken bekämpft. Renners Gedanke also nicht acceptabel. Kann man den Freihandel durchführen so sind wir für den Schutz der Schwachen und nicht der Starken. Wir glauben dass Deutschland für den Freihandel reif ist, Ungarn zwar nicht.*⁵¹

Die Haltung der magyarischen Delegation erntete in der Heimat die heftige Kritik der Regierung und der konservativen Presse⁵². Dagegen traf die Mäßigung der DSAPÖ auf Anerkennung von Seiten der österreichischen Regierung. Die Berichte der Diplomaten stimmten in dem Lob für das loyale Verhalten der österreichischen Delegierten überein. So teilte Oscar Bam seinem Außenminister mit, dass die Wiener Sozialisten *sich korrekt und für die Taktik der Regierungspolitik sehr klug verhielten. Sie bestanden auf der Integrität der Gebiete der Monarchie [...]*⁵³. Der Sonderbeauftragte Czernins in Stockholm, Emil von Fürstenberg, beschrieb die freundliche Stimmung, in der die Sitzungen stattgefunden hatten, und betonte die guten Dienste der Österreicher zur Aufklärung der schwierigen innenpolitischen Verhältnisse der Monarchie, die dem internationalen Komitee bis dahin nahezu unbekannt gewesen waren⁵⁴. Des Weiteren streifte der Diplomat ausdrucksvoll alle Streitfragen auf der Tagesordnung: *Zum Titel ‚Selbstbestimmungsrecht‘ lehnt die österreichische Delegation ein Plebiszit aus technischen und prinzipiellen Gründen ab; die Autonomie sei eine Frage, die innerhalb der staatlichen Grenzen gelöst werden soll. [...] Zur Nationalitätenfrage in der Monarchie erklärten die Delegierten: Nur ein Österreicher sei imstande, authentisch über Österreich zu sprechen. Die angebliche Unterdrückung der Nationalitäten sei eine Fabel. [...] Nur die Nationalitäten untereinander erschweren sich das Leben.*⁵⁵ Czernins Behauptung zur Haltung der DSAPÖ in Stockholm, sie sei *merkwürdig zahm und vernünftig* gewesen⁵⁶, war also von seinem Standpunkt aus vollkommen gerechtfertigt. Er bemerkte auch, dass die Sozialdemokraten *über die ihnen unerseits gewährten Erleichterungen eher verschmupft schienen*. Tatsächlich löste die Reise der Delegation im Zusammenhang mit den neuesten Entwicklungen im Land eine lebhaftige Debatte in der Heimat aus, die schließlich zum Umschlagen der Stimmung führte.

DIE MEHRHEIT AUF DER ANKLAGEBANK

Im Frühjahr 1917 wurde die DSAPÖ von der Unruhe in der Arbeiterbewegung überrascht. Zwar hatte die Partei dem Druck von unten zur Wiederaufnahme der 1. Mai-Feier nach drei Jahren nachgegeben⁵⁷, doch die Forderungen ließen nicht nach und schlugen sich seit der dritten Maiwoche in der stärksten Streikwelle seit Kriegsbeginn nieder: Partei und Gewerkschaften wurden übergangen, ihre Vertreter, Vertrauensmänner und Parteifunktionäre angegriffen⁵⁸. Wirtschaftliche und politische Motive lagen dem Streik zugrunde, dem das Echo des Prozesses gegen Friedrich Adler weitere Triebkraft gab. Die erstaunliche Entscheidung der Behörden, die Publikation der Verteidigungsrede Adlers nicht zu untersagen, gab der Öffentlichkeit die schwerwiegenden Anklagen des ehemaligen Parteisekretärs preis⁵⁹. Zur Zielscheibe Adlers wurde nicht nur das politische System Österreichs und des-

⁵¹ Ebd., 40, Bl. 19–20. Hervorhebungen im Original.

⁵² *Arbeiter-Zeitung* vom 4. Juni 1917; VALIANI, La dissoluzione, 286.

⁵³ HHStA, P.A., I, 959, Liasse Krieg 25 z, Bericht vom 26. Mai 1917.

⁵⁴ HHStA, P.A., I, 957, Fürstenberg an Czernin, Stockholm 29. Mai 1917: *Die österreichische Delegation hat das Komitee über so manches aufgeklärt; mehr als ein Mißverständnis wurde beseitigt, so dass sich ohne Übertreibung sagen läßt, dass demselben geradezu die Schuppen von den Augen fielen. Für Troelstra, Branting etc. war doch bisher die Monarchie eine terra incognita.*

⁵⁵ HHStA, P.A., I, 958, Liasse Krieg 25 z Friedensverhandlungen, Telegramm vom 27. Mai 1917.

⁵⁶ HHStA, P.A., I, 583, Delegationsakten 1917–1918, Aufzeichnung über eine am 13.6.1917 im Ministerium des Äussern stattgehabte vertrauliche Besprechung.

⁵⁷ Vgl. *Arbeiter-Zeitung* vom 27. April, 1. und 2. Mai.

⁵⁸ UNFRIED, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung, 139–142.

⁵⁹ Zum Prozess s. Rudolf ARDELT, Der Prozeß gegen Friedrich Adler, in: Karl L. Stadler (Hg.), Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936. Wien 1986, 181–232.

sen Involution seit 1914, sondern ausgerechnet die Entscheidung der Parteispitze, allen voran Karl Renners, für die Burgfriedenpolitik, das Aufgeben internationalistischer Ideale und die Zusammenarbeit mit der Regierung in Stockholm: *Unsere Parteigenossen – gab Adler zu Protokoll – gehen nach Stockholm, nicht weil sie Internationale im Kriege geblieben sind, nicht weil sie festgehalten hätten an dem Gedanken der Internationale, sondern die offiziellen Vertreter der Sozialdemokratischen Parteivorstände, die Regierungssozialisten von Deutschland und Österreich, gehen nach Stockholm als die commis voyageurs der Auswärtigen Ämter.*⁶⁰

Die Wirkung seiner Worte war enorm und löste eine Welle der Begeisterung und zugleich der Entrüstung aus. Elisabeth Luzzatto, eine Vertreterin der Partei-Linken, versuchte in einem Brief an Victor Adler die Stimmung im Lande auf diese Weise wiederzugeben: *Wissen Sie, dass den Tag nach dem Prozeß Ihres Sohnes jeder Österreicher eine Empfindung hatte: zum ersten Mal darf man sich wieder als Österreicher fühlen, ohne sich absolut zu schämen?*⁶¹. Dass die im Prozess zutage getretenen Anklagen gerade in den Arbeiterschichten weite Zustimmung fanden, bezeugt die besorgte Stimmung einer am 1. Juni stattgefundenen Sitzung von Parteiorganen und Gewerkschaften: Demnach wurde *jeder Vertrauensmann [...] als ein Bezahler der Regierung angesehen*⁶². Die Kritik der Basis richtete sich gegen die Zweideutigkeit der Friedenspolitik, die Passivität der vergangenen Jahre, die mangelnde Demokratie in der Partei, wobei vor allem die mehrheitstreue Linie der „Arbeiter-Zeitung“ im Kreuzfeuer stand. Die Forderung nach einer unparteiischeren Berichterstattung der „AZ“ war eines der Hauptziele der ‚Linken‘, die innerhalb der Partei nur eine schwache Stellung hatte. Diese schon vor dem Krieg minoritäre Gruppe, die sich später zu den Positionen Friedrich Adlers bekannt hatte⁶³, wurde wegen der Zensur, der Monopolisierung der Parteipresse und des Nichtzustandekommens der Parteitage de facto zum Schweigen verurteilt. Das Verbot an den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal teilzunehmen, wo die Minderheiten aus verschiedenen Ländern zusammentrafen⁶⁴, unterstrich die Isolation dieser Gruppierung auch auf internationaler Ebene.

Das änderte sich 1917. Doch im Unterschied zu anderen Minderheiten – man denke zum Beispiel an die deutsche USPD – strebte die österreichische ‚Linke‘ nicht die Parteispaltung an, sondern versuchte, die Kontrolle über die politische Linie zu übernehmen. An der dritten Zimmerwalder Konferenz, die im September 1917 ebenfalls in Stockholm tagte, konnten auch Vertreter der ‚Linken‘ teilnehmen und ihre Strategie erklären. Sie enthielt wenig Revolutionäres und rief bei den Anwesenden wegen ihres verzichtenden Tons Erstaunen hervor: *Falls Zimmerwald von uns den Austritt aus der Partei verlangen würde – erklärte in der Tat Therese Schlesinger –, wäre uns sehr schwer, der Forderung zu entsprechen, weil wir durch den Austritt aus der Partei jeden Einfluß auf die Massen einbüßen würden. Wir bleiben in der Partei solange als möglich und werden sie nach links drängen*⁶⁵. Das war genau das, was auf dem Parteitag im Oktober geschah.

⁶⁰ Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, 103.

⁶¹ VGA, Adler-Archiv, Mappe 166a/45. Eine Kopie des Briefes wurde mir freundlicherweise von Dr. Georg G. Rundel (Wien) zur Verfügung gestellt.

⁶² VGA, Partei-Archiv, Mappe 2, Sitzungsprotokolle.

⁶³ Hans HAUTMANN, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919. Wien 1969. Berthold UNFRIED, Positionen der „Linken“ innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie während des 1. Weltkrieges, in: Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaler (Hgg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Wien 1984, 3 Bände, hier Bd. 2, 319–360.

⁶⁴ Angela BALABANOFF, Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* 12(1926), 310–413; 13 (1928), 232–284; Jules HUMBERT-DROZ (Hg.), Der Krieg und die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Wien 1964. Eine umfangreiche Dokumentation in Horst LADEMACHER (Hg.): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz. 2 Bände. The Hague–Paris 1967.

⁶⁵ Ein vollständiges Protokoll der dritten Zimmerwalder Konferenz befindet sich in ARAB, Höglund Arkiv, ISK, Bd. 5, hier: S. 21. Der zitierte Band I. von LADEMACHER, Die Zimmerwalder Bewegung, enthält zwar die Protokolle dieser Stockholmer Konferenz, gibt aber die Beiträge der österreichischen Vertreter nicht wieder, da sich der Herausgeber anderer Quellen zum Protokoll bedient hat. Sehr ähnliche Gedanken wie bei Therese Schlesinger findet man bei einem anderen Vertreter der ‚Linken‘, Robert Danneberg, der in einem Brief an Karl Kautsky erklärte, dass *die Politik der Linken in Österreich anders sein müsse als in Deutschland, weil die österreichische Parteimehrheit sich von der deutschen unterscheidet. Infolge des Mangels an einem wirklichen Parteileben und der Unselbständigkeit der Presse und der Organisation habe man in Österreich während des Krieges Parteikämpfe vermeiden können, zu denen es in anderen sozialdemokratischen*

„Stockholm“ war natürlich einer der Punkte auf der Tagesordnung. Die Parteimehrheit hatte nach der Rückkehr der Delegation aus Skandinavien ihre Stellung zur Konferenz im Parlament und in den Parteiorganen erklärt⁶⁶, ohne sich aber der Beschuldigung entziehen zu können, eine ausführlichere Debatte darüber vermeiden zu wollen⁶⁷. Hatte sich die ‚Linke‘ über den mangelnden Konfrontationswillen ausdrücklich beschwert⁶⁸, so hatte sie jetzt Gelegenheit, die Parteispitze für die Haltung in den vergangenen drei Jahren zur Rechenschaft zu ziehen. Gabriele Proft verlas eine von fünfzig Delegierten unterschriebene Erklärung und verlangte mehr innere Demokratie, Mitspracherecht der Basis, öffentliche Diskussion in der Presse und in den Sektionen⁶⁹. Sie erinnerte daran, dass die Friedensformel „ohne Annexionen und Kontributionen“, auf die jetzt auch die Parteimehrheit eingegangen war, von Friedrich Adler vorgeschlagen und auf der Reichskonferenz 1916 abgelehnt worden war. Die Mehrheit habe die Resolution erst dann angenommen, *als unter dem Einflusse einer veränderten Kriegslage auch die herrschenden Klassen in Österreich-Ungarn sich dieser Friedensforderung zu nähern begannen*. Kritisiert wurde auch die in Stockholm vertretene Nicht-Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für die Nationalitäten der Monarchie, während man dasselbe für Russland verlangte⁷⁰. Vor allem galt aber die Kritik der ‚Linken‘ der Burgfriedenpolitik, der bewussten Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat und der Entwicklung der Partei zu einem ‚Wohltätigkeitsverein‘. Sowohl hier wie in der Infragestellung der Idealisierung des österreichischen Parlamentarismus war eindeutig die gesamte politische Linie Renners angesprochen, wie sie im Laufe der Debatte von Seitz, Ellenbogen und dem ‚schwarz-gelben Doktor‘ selbst in Schutz genommen wurde⁷¹.

Interessanterweise und im Einvernehmen mit der ausgesprochen einheitlichen Linie der Opposition⁷² blieben jedoch schärfere Töne und radikalere Forderungen, wie sie etwa während der Diskussion zutage getreten waren⁷³, weitgehend aus. Vielmehr wirkten hier der neue Kurs der Mehrheit und die vermittelnde Regie Otto Bauers, der sich nach seiner Rückkehr aus der russischen Gefangenschaft⁷⁴ um die Versöhnung der beiden Parteiflügel bemüht hatte. Bauer verfasste sowohl die Erklärung der Minderheit als auch die Antwort von Victor Adler. Dem Parteigründer kam nämlich die schwierige Aufgabe zu, über die Stockholmer Konferenz, die Internationale und den Frieden im Namen des Parteivorstands zu referieren. Er verteidigte die Politik, die von der Partei zum Kriegsausbruch verabschiedet worden war, indem er auf das Verantwortungsbewusstsein der Sozialdemokraten in Anbetracht der ‚slawischen Gefahr‘ hinwies: *Wenn ein Haus angezündet wird, dann gilt es vor allem*

Parteien gekommen war. Man sei einfach nicht gewohnt, Meinungsverschiedenheiten zu haben, geschweige denn sie in öffentlichen Diskussionen auszutragen. Zitiert in: Leon KANE, Robert Danneberg, Ein pragmatischer Idealist. Wien–München–Zürich 1980, 103.

⁶⁶ S. *Arbeiter-Zeitung* vom 14. Juni 1917, die die Rede von Seitz im Abgeordnetenhaus wiedergab, sowie die Berichterstattung desselben Blattes in den Sommermonaten. Weiterhin der Artikel von Renner unter dem Titel „In Stockholm und daheim“. *Der Kampf* 10/9 (September 1917), 233–240.

⁶⁷ Danneberg bedauerte im Oktober, dass *den Parteigenossen der Wortlaut der von unseren Delegierten im Mai abgegebenen Erklärung nicht einmal bekanntgegeben worden* [ist]. Robert DANNEBERG, Der Weg nach Stockholm, in: *Der Kampf* 10/10 (Oktober 1917), 285–292, hier: Anmerkung S. 290.

⁶⁸ Auf der dritten Zimmerwalder Konferenz hatte Schlesinger zu Protokoll gegeben: *Die Opposition hat verschiedene Vertrauensmännerversammlungen veranlaßt um dort Kritik zu üben und Anträge durchzuführen. Der P. V. [Parteivorstand] hat durch Obstruktion und Faulheit alle unsere Anträge zu nichten gemacht.* ARAB, Höglund Arkiv, ISK, Bd. 5, S. 20.

⁶⁹ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, 113f. Ebd., 115.

⁷⁰ Die Bezeichnung „schwarz-gelber Doktor“ war eine Spottformel der Opposition in Bezug auf Renner.

⁷¹ Gabriele Proft beteuerte den Einheitswillen der ‚Linken‘ folgendermaßen: *Wir wollen innerhalb der Partei, innerhalb ihrer Organisationen unsere Ansichten verbreiten, ihnen die Mehrheit der Parteimitglieder gewinnen und auf diese Weise die Haltung der Partei verändern.* Ebd., 114.

⁷² Der Delegierte Janecek wies zum Beispiel auf den Misskredit, in den die Partei seit Kriegsausbruch und ausgerechnet wegen der Stockholmer Konferenz geraten war, hin (*man sagt, wir haben uns in den Dienst der Regierung gestellt, und es ist unter solchen Umständen sehr schwer, das Vertrauen der Internationale wieder zu gewinnen*) und beantragte daher die Missbilligung des Parteivorstands. Ebd., 175f. und 82. Der Antrag wurde mit zwei Gegenstimmen abgelehnt.

⁷³ Durch die Vermittlung des schwedischen Sozialdemokraten Hjalmar Branting, um dessen Bemühung Victor Adler Anfang Mai gebeten hatte. S. den Brief von Adler in ARAB, Nachlass Branting, 3.11, 1917 A.

zu löschen. Den Brandstifter, wenn man ihn dingfest machen kann, dingfest zu machen ist erwünscht, aber vor allem muss man löschen. Sie begreifen, dass damals eine andere Stimmung war, als die Armeen des Zaren gegen Krakau und Brünn vorgerückt sind, als heute, wo wir mit den Bauern und Arbeitern zu tun haben [...].⁷⁵ Ferner wies er den Anspruch der Zimmerwalder zurück, den Friedenswillen als eigenes Monopol zu betrachten und alle Andersdenkenden als Sozialpatrioten zu bezeichnen. Indem er sich direkt an die ‚Linke‘ wandte, machte er sie auf die Verantwortung aufmerksam, die der Führung einer Massenpartei zukomme: *Wenn Sie rufen, dann kommen wenige und nicht immer diejenigen, die die verlässlichsten sind. Wenn wir rufen, kommen die Massen und wir sind verantwortlich für das, was herauskommt.* Schließlich aber fasste er den innerparteilichen Konflikt zu einem Zwist zwischen *Brüder[n] und Schwestern* zusammen, *die sich solidarisch fühlen trotz aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen, von demselben Boden ausgehend und demselben Ziele zustrebend.*⁷⁶

Das war der Sieg der Bauerschen Strategie. Es gelang Bauer nämlich, *die Partei ziemlich leicht nach links [zu] drängen [...], ohne dass dadurch die Einheit der Partei gefährdet worden wäre*, wie er selber später rückblickend in einem Brief an Jean Longuet feststellte. Seinen Erfolg führte er auf den Prozess Adler und die daraus hervorgegangene Stimmung zurück⁷⁷. Damit konnten gewiss die *sozialpatriotischen Verirrungen der ersten Kriegsjahre* (Bauer) überwunden werden, nicht aber schwerwiegendere Streitpunkte wie die Nationalitätenfrage und die Haltung der Partei zum Gesamtstaat. Renner bestand in der Tat nach wie vor auf das Fortbestehen der „kleinen Internationale“ als Schutzwall gegen die voranschreitenden Nationalismen, die den Vielvölkerstaat zu sprengen drohten; ja, er hatte sich von „Stockholm“ ausdrücklich einen neuen Schwung für den Zusammenhalt der Gesamtpartei erhofft⁷⁸. Anscheinend gelang dieser Schritt aber erst der ‚Linken‘, die im Januar 1918 in Wien ein „österreichisches Zimmerwald“ einberief, aus dem ein „Nationalitätenprogramm der Linken“ entstand⁷⁹. Das Programm sah die Auflösung der Doppelmonarchie in Nationalstaaten und die integrale Anwendung des Selbstbestimmungsrechts vor, wogegen sich Renner – und hinter ihm wohl die Mehrheit der Partei – entschieden verwahrte⁸⁰.

Eine Bilanz des Stockholmer Auftritts der DSAPÖ fällt nicht ganz düster aus. Zwar musste die Partei einen gewissen Verlust an Glaubwürdigkeit hinnehmen, indem sie in Österreich wie auch im Ausland den Vorwurf der Zusammenarbeit mit der Regierung nie ganz überzeugend zurückweisen konnte⁸¹. Andererseits bewährte sich die DSAPÖ in den Augen der Regierung und der bürgerlichen Öffentlichkeit noch einmal als zuverlässige und staatstragende politische Kraft, eine Rolle, die die Partei in der Übergangsphase von der Monarchie zur Republik tatsächlich ausübte. Die Friedenspolitik und -propaganda konnte sie geschickt nützen, um Konsens in den eigenen Reihen herzustellen und Friedensbereitschaft nach außen zu signalisieren. Die enge Zusammenarbeit mit der SPD und die vom sozialistischen Standpunkt zumindest fragwürdige Verteidigung großdeutscher außenpolitischer Ziele scheint dem Ruf der Partei in der Nachkriegsinternationale nicht geschadet zu haben. Die Bauersche Strategie, den Forderungen der ‚Linken‘ weitgehend nachzugeben, ohne dabei die Parteiführung wegen ihrer staatstreuen Linie zu demütigen, erwies sich erfolgreich und unterstrich die Geschlossenheit der Partei.

Einen entscheidenden Beitrag in dieser heiklen Übergangsphase leistete die bewährte Vermittlungsfähigkeit Victor Adlers und sein weiterhin unangetastetes Prestige in- und außerhalb der Partei. Das räumten selbst die Vertreter der Opposition ein, als sie in Stockholm ihre Hilflosigkeit zugeben mussten: *Die Partei leidet ungeheuer unter den guten Eigenschaften Viktor Adlers* – gab Therese Schle-

⁷⁵ Protokoll, 280.

⁷⁶ Ebd., 174.

⁷⁷ Der Brief vom 3. Januar 1919 ist abgedruckt in Gerhard A. RITTER (Hg.), *Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen*. Berlin–Bonn 1980, 2 Bände, hier Bd. 2, 775–777, hier 777.

⁷⁸ Vgl. seinen bereits zitierten programmatischen Aufsatz *In Stockholm und daheim*.

⁷⁹ Es wurde veröffentlicht in *Der Kampf* 11/4 (April 1918), 269–274. Dazu UNFRIED, „Ein österreichisches Zimmerwald“.

⁸⁰ Karl RENNER, *Marx oder Mazzini?* *Der Kampf* 11/5 (Mai 1918), 294–308.

⁸¹ Für die (wohl sehr parteiische) Kritik im Ausland s. Eduard BENEŠ, *Le socialisme autrichien, le congrès de Stockholm et la question d’Autriche-Hongrie*, in: *La Nation Tschèque* 3, H. 4–5 (15. Juli–1. August 1917), 119–126; H. 6 (15. August 1917), 188–196.

singer zu Protokoll – *was er für die Partei getan und tut, gewährt ihm so eine Popularität in der Partei und außer ihr, dass die Kritik und die Opposition gegen ihn schier unmöglich sind.*⁸² Indem sie die Verhältnisse in Österreich und in der DSAPÖ als *klein und patriarchalisch* bezeichnete⁸³, deutete Schlesinger jedoch gleichzeitig auf das weiterhin ungelöste Spannungsverhältnis hin: Im Schatten des Parteivaters stieß die innere Demokratie auf ihre Grenzen.

⁸² ARAB, Höglund Arkiv, ISK, Bd. 5.

⁸³ Ebd.